



Pressemitteilung

Verschiebung als Warnsignal: WAB drängt auf Reform statt weiterer Verzögerungen

- Branche benötigt schnelle Klarheit und verlässlichen Ausschreibungsfahrplan
- WAB fordert erneute Ausschreibung unter veränderten Rahmenbedingungen noch im Herbst 2026
- Verschiebung bis 2027 bedroht Arbeitsplätze und gefährdet die Erreichung der Klimaziele

Bremerhaven – Die Entscheidung der Bundesregierung, die Ausschreibung der Flächen für Windenergie auf See im Jahr 2026 zu verschieben, ist aus Sicht der WAB e.V. grundsätzlich nachvollziehbar. Angesichts der aktuellen Marktbedingungen und der Herausforderungen bei Kosten, Finanzierung und Lieferketten ist eine sorgfältige Nachsteuerung sinnvoll. Eine erneute Ausschreibung ohne Gebote wie im vergangenen August wäre ein schlechtes Zeichen für den Markt gewesen. Und doch fällt es schwer, die Entscheidung der Bundesregierung positiv zu bewerten, da sie die Ausbauziele gefährdet und die gesamte Wertschöpfungskette der Offshore-Branche noch weiter unter Druck setzt. Die Bundesregierung muss ihre Entscheidung daher zum Anlass nehmen, nun zügig die richtigen Weichen zu stellen und für veränderte Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die nächste Ausschreibung erfolgreich verläuft.

„Die Offshore-Windindustrie braucht stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Jede Verschiebung wirkt sich unmittelbar auf Investitionsentscheidungen und industrielle Wertschöpfung aus“, erklärt der Geschäftsführer der WAB e.V., Markus Nölke. „Aufträge erreichen die Industrie später, Produktionskapazitäten werden unsicher und wichtige Ausbaupfade geraten ins Stocken“, führt Nölke aus. Besonders kritisch sieht die WAB die fehlende Klarheit darüber, wie verbindlich die angekündigte Fortsetzung der Ausschreibungen im Jahr 2027 ist. Für Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von Projektentwicklern über Zulieferer bis hin zu Häfen und Logistik – ist ein transparenter und verlässlicher Ausschreibungsfahrplan entscheidend, um Investitionen abzusichern und Fachkräfte zu halten.

Die WAB spricht sich daher dafür aus, mit einer erneuten Ausschreibung nicht bis 2027 zu warten, sondern noch im Herbst 2026 eine Ausschreibung durchzuführen. Eine Verschiebung bis in das nächste Jahr könnte gravierende Folgen für die Beschäftigung in der gesamten Wertschöpfungskette haben. Arbeitsplätze sind akut gefährdet und ein erneuter Fadenriss droht. Das Jahr ist noch lang genug und somit besteht ausreichend Zeit für die Politik, die Weichen richtig zu stellen für eine erfolgreiche Ausschreibung im Herbst.

„Die Bundesregierung muss nun die richtigen Schlüsse aus ihrer Entscheidung ziehen und dafür sorgen, dass die nächste Ausschreibung möglichst zeitnah erfolgt und durch veränderte Rahmenbedingungen erfolgreich verläuft“. Dass dies möglich ist, bewies jüngst Großbritannien. Dort wurden innerhalb kürzester Zeit marktgerechte Bedingungen geschaffen, sodass Offshore-Ausschreibungen wieder erfolgreich möglich waren. „Deutschland muss jetzt ebenso zügig handeln“, fordert Markus Nölke. Die Branche habe hierzu ausreichend Vorschläge unterbreitet.

Dringender Handlungsbedarf ergibt sich zusätzlich durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom Donnerstag. Demnach muss die Bundesregierung das Klimaschutzprogramm nachbessern. Das 2023 beschlossene Programm reiche nicht aus und



Pressemitteilung

genüge nicht den gesetzlichen Anforderungen, um die Klimaziele zu erreichen, urteilte das Bundesverwaltungsgericht. Der Ausbau der Offshore-Windenergie kann entscheidend zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Umso mehr muss die Bundesregierung den zügigen Ausbau fördern und unterstützen.

Die WAB e.V. fordert die Bundesregierung daher dazu auf, zeitnah konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionsbedingungen vorzulegen und einen verbindlichen Zeitplan für die kommenden Ausschreibungen zu veröffentlichen. Denn um die ambitionierten Ziele der kommenden Jahre zu erreichen, braucht es ein klares politisches Bekenntnis zu einem schnelleren und zuverlässigeren Ausbau. Nur so kann die Offshore-Windenergie ihre zentrale Rolle für Versorgungssicherheit, Klimaschutz und industrielle Wertschöpfung in Deutschland erfüllen.

Über die WAB e. V.:

Die WAB ist bundesweiter Ansprechpartner für die Offshore-Windindustrie, das Onshore-Netzwerk im Nordwesten und fördert die Produktion von grünem Wasserstoff aus Windstrom. Dem Verein gehören rund 250 kleinere und größere Unternehmen sowie Institute aus allen Bereichen der Windindustrie, der maritimen Industrie, der entstehenden Wasserstoffwirtschaft sowie der Forschung an. Wir vertreten über unsere Mitglieder rund 160.000 Fachkräfte. Der Windindustrie- und Wasserstoffverband WAB e.V. setzt sich als Stimme der Wertschöpfungskette für Klimaschutz mit „grüner“ Energie als Elektronen und Moleküle ein.

Pressekontakt:

Knut Kiesow

Clustermanager für politische Kommunikation

knut.kiesow@wab.net

0471/ 3917 721